

Bewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 RM.
Anzeigen: Die dreispaltene mm-Zeile 0.15 RM.

Hauptgeschäftsstelle:

Köln a. Rh., Jülicher Straße 27 · Fernsprecher 21 22 02
Redaktionschluß: Montage vor Erscheinen

Arbeiten und nicht verzweifeln

Ein Rückblick auf das Jahr 1932

Ganz still ist das Jahr 1932 in das Meer der Vergangenheit versunken. Gewiß wird es nur wenigen in freudiger Erinnerung bleiben. Dafür hat es uns allen zu viel an Sorgen, Mühen und Belastungen aufgepackt. Hat uns zu viel unerfüllte Hoffnungen hinterlassen.

Und doch kann dieses schwere Jahr ein bedeutungsvolles im Leben des einzelnen, einer Wirtschaft und des gesamten Volkes sein. Wenn wir verstehen, aus den meist trüben Erfahrungen die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Die gemachten Erfahrungen benutzen, sie bei unserem Tun und Handeln mitreden lassen.

Fast schicksalhaft ist im vergangenen Jahre die Not auf Deutschland, besonders auf die Arbeitnehmer hereingebrochen. Die Wirtschaftskrise erreichte ihren Höhepunkt. Um so schwerer war sie zu ertragen, da gewisse Vorgänge im politischen Leben eine sehr starke Spannung im Volke erzeugt hatten, die unerträglich wurde. In irgend einer Weise mußte diese Spannung gelöst werden, wenn es nicht zu gewaltsamen Entladungen kommen sollte. So schicksalhaft das Geschehen auch sein möchte, so ist doch dem gewerkschaftlich geschulten Teil der Arbeitnehmer immer und immer wieder klar zum Bewußtsein gekommen, daß doch letzten Endes der

mitgestaltende Mensch durch sein Tun und Handeln den Ablauf des Geschehens im guten wie auch im bösen Sinne mitbestimmend zu beeinflussen vermag.

Deshalb war auch im vergangenen Jahre der Wahlspruch unserer Bewegung: „Arbeiten und nicht verzweifeln.“

Trotz aller Rückschläge ist die geleistete Arbeit nicht vergeblich gewesen. Hat wertvolle Früchte getragen. Um so bemerkenswerter, da sie unter Umständen geleistet werden mußte, die der sozialen Gerechtigkeit und dem sozialen Aufstiege der Arbeitnehmer gewiß nicht günstig waren. Den unermüdlichen Bemühungen der Gewerkschaften ist es gelungen, dem unsozialen Kurs der Reichsregierung wieder eine andere Richtung zu geben. Der politischen und sozialen Reaktion ein Halt zu gebieten. Verständlich wird diese Leistung aber erst dann, wenn wir

uns den Verlauf der wichtigsten Geschehen im alten Jahr noch einmal in Kürze vor Augen führen.

Mit unverminderter Heftigkeit ging die Wirtschaftskrise ihren Weg weiter. Die Zahl der Arbeitslosen sank zwar von 5,668 Millionen in der ersten Januarwoche auf 5,492 Millionen in der zweiten Juniwoche und 5,265 in der dritten Novemberwoche. Diese Zah-



len, der amtlichen Statistik entnommen, täuschen aber, da nur die sich noch bei den Arbeitsämtern meldenden Arbeitslosen statistisch erfaßt werden.

Durch Änderungen in den Unterstützungseinrichtungen, Einführung der Bedürftigkeitsprüfung usw. werden viele Arbeitslose statistisch nicht mehr erfaßt. Das Institut für Konjunkturforschung schätzte die Zahl der Arbeitslosen, einschließlich der „unsichtbaren“ Arbeitslosen Ende Juni auf 7,160 Millionen. Die Zahl der von der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge unterstützten Arbeitslosen sankt aber infolge der getroffenen Änderungen von 3,147 Millionen in der ersten Januarwoche auf 1,717 Millionen in der dritten Novemberwoche. Mehr wie zwei Drittel der statistisch Erfassten werden von der gemeindlichen Wohlfahrtspflege notdürftig, und vielfach auch dieses nicht mehr, über Wasser gehalten.

Trotzdem ging es mit den

finanziellen Verhältnissen der öffentlichen Körperschaften

katastrophal bergab. Die Gemeinden, die in der Vorkriegszeit mit rund 13 bis 15 Prozent des Steueraufkommens für die Wohlfahrtspflege auskamen, brauchten in diesem Jahre hierzu 90 bis 95 Prozent. Selbstverständlich wurde hier der Sparhebel angesetzt, der sich, dem Gesetze vom schwächsten Widerstande folgend, bei den Unterstützungen und auch den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der von den öffentlichen Körperschaften beschäftigten Arbeitern und Angestellten am drückendsten auswirkte.

Dazu kam eine

Gefährdung der sozialen Versicherungseinrichtungen.

Rückgang der Beiträge an Zahl und Höhe erfolgte in einem Umfange, daß die Existenz der Einrichtungen gefährdet wurde. Die durch Notverordnungen vorgenommene Kürzung der Leistungen und Renten in dem erfolgten Umfange gingen aber weit über das hinaus, was zur Erhaltung der Lebensfähigkeit dieser sozialen Einrichtungen notwendig war.

Gefährlicher wie alle finanzielle Bedrängnis wurde aber dem sozialen Leben der Geist der

politischen und sozialen Reaktion,

der nunmehr seine Zeit für gekommen erachtete, sich in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft wieder durchsetzen zu können. In für die soziale Entwicklung bedrohlicher Weise streckte er seine Hand zur Besitzergreifung der Staatsgewalt aus. Zur Überwindung, wenigstens erheblichen Milderung der Wirtschaftskrise wäre politische Ruhe unbedingt notwendig gewesen. Die Regierung Brüning hatte Deutschland außenpolitisch in etwa von den drückendsten Lasten befreit und zur Wiedereingliederung Luft und Bewegungsfreiheit gebracht. Doch politische und soziale Reaktion, in Verbindung mit dem Machtstreben der radikalen Gruppen von links und rechts wollten keine Konsolidierung. Bestrebungen, die fällige Wahl eines Reichspräsidenten durch eine gesetzliche Verlängerung der Dienstzeit Hindenburgs zu verhindern, wurden zum Scheitern gebracht.

Die Nationalsozialisten wollten über den Posten des Reichspräsidenten zur alleinigen Macht, zur Einführung des faschistischen Systems in Deutschland kommen. Geschlossen setzte sich die organisierte Arbeiterschaft dagegen ein. Wenn auch der Reichspräsident später unheilvollen Einflüssen zuweit Rechnung

getragen hat, kann dieses an der einzig richtigen Haltung der Arbeitnehmerschaft bei dieser Wahl nichts ändern. Eine weniger von staatspolitischen Gesichtspunkten bedingte Haltung hätte auch in Deutschland den Sieg des undeutschen, volksfeindlichen Faschismus gebracht, unter dem in erster Linie die politische Gleichberechtigung, das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft aufgehoben worden wäre.

Unter dem Drucke der Reaktion, mit ausdrücklicher Billigung des Faschismus kam eine Regierung ans Ruder, deren soziales Walten am besten durch ihre eigene Erklärung, mit

dem Staat als Wohlfahrtsanstalt

aufzuräumen, gekennzeichnet wird. Das Recht des deutschen Volkes, sein Geschick selbst zu bestimmen, wurde durch zweimalige Auflösung des Reichstages für mehr wie neun Monate außer Kurs gesetzt. In rechtsgerichteten Kreisen gehörte es schon fast zum guten Tone, von einer Aenderung der Verfassung, durch die die Rechte der Arbeitnehmer weitgehendst eingeschränkt werden sollten, auch unter Verletzung der jetzigen Verfassung zu reden und zu schreiben und die Regierung auf diesen Weg zu drängen. Die extremen Parteien links und rechts hatten bei den Wahlen große Erfolge. Jedoch den Mut und die Verantwortung, sich an der Führung des Staates zu beteiligen, fehlte dem großen Trommler. Wer sich von den beiden, Hitler oder Papen, als der Betrogene fühlen kann, ist nicht entschieden. Im Volke werden vielfach beide als die betrogenen Betrüger angesehen.

Die staatspolitisch richtige Haltung der organisierten Arbeiterschaft hat bei diesen beiden Wahlen wiederum den Ausschlag gegeben. Keine andere Veranstaltung wie der Düsseldorfer Kongreß der christlichen Gewerkschaften hat in so eindrucksvoller Weise sich für die soziale Gerechtigkeit, wie für die Volksrechte eingesetzt. Er hat in wirkungsvoller Weise das soziale Gewissen geschärft. Unermüdlige Gewerkschaftsarbeit, zielbewußtes Wollen, zwang zu einer

Änderung des Regierungskurs

zu einer Handhabung der staatlichen Gewalt, die auch den Gesetzen der sozialen Gerechtigkeit wieder Rechnung tragen muß. Der Versuch der Reaktion, die staatliche Macht an sich zu reißen, ist gescheitert. Einer der größten Erfolge, die die Gewerkschaften je aufzuweisen haben. Gewiß wird sich diese Änderung nicht von heute auf morgen für jeden einzelnen schon auswirken. Im letzten Jahre ist an wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise zu viel versäumt, sind eine Reihe von Maßnahmen zum Teil unsozialster Art getroffen, auf die sich die Wirtschaft eingestellt hat und die nicht in ganz kurzer Zeit wieder beseitigt werden können.

Bei aller Anerkennung, die dem neuen Reichskanzler dafür gezollt werden muß, daß er in offener Weise Aussprache mit den Führern der Gewerkschaften gepflogen hat, seiner bekundeten Auffassung, die Volksrechte zu respektieren, darf doch gesagt werden:

Vorschußlorbeeren sind nicht angebracht.

Durch Taten muß bewiesen werden, das die neue Regierung gewillt ist, wieder gutzumachen, was ihre Vorgängerin an der sozialen Gerechtigkeit gesündigt hat. Dem Rechtsgefühl und dem notwendigen Lebensbedarf der Arbeitnehmer muß in vollem Umfange

Rechnung getragen werden. Erst dann wird die Regierung wieder jenes Vertrauen beanspruchen können, welches von ihrer Vorgängerin — fast möchte man sagen — frivol verwirtschaftet worden ist. Mit der

Aufhebung der härtesten

Bestimmungen der Notverordnungen

vom 4. und 5. September und einer kleinen Winterhilfe für die Arbeitslosen allein ist es wahrlich nicht getan. Positive Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben Hand in Hand zu gehen mit jenen Maßnahmen zur Wiederaufrichtung und Konsolidierung der gesetzlichen sozialen Einrichtungen. Verwendung der von der privaten Wirtschaft nicht ausgenutzten Steuerscheine zur Finanzierung von großen öffentlichen Arbeiten.

Stärkung der Konsumkraft

der breiten Volksschichten, zu dem Zwecke Wiederherstellung des vollen Tarifvertragsrechtes, eine andere soziale Handhabung des Rechtes auf Erlaß von Schiedssprüchen und Verbindlichkeitserklärungen ist das Gebot der Stunde. Der Schutz des Staates muß auch wieder den wirtschaftlich Schwächeren gegen die Übergriffe des Starken zur Verfügung stehen. Ablehnung aller Versuche, die deutsche Wirtschaft durch überspannte Zölle und Kontingentierungsmaßnahmen vom Weltmarkte abzukapseln. Alle Maßnahmen, die nur geeignet sind, eine überlebte Wirtschaftsform in der Großlandwirtschaft zu galvanisieren, dadurch die Lebenshaltungskosten unnötig verteuern, die Arbeitslosigkeit in Handel, Industrie und Gewerbe fördern, aber dem übergroßen Teil der Landwirtschaft nichts nützt, sind einzustellen:

Wiedereingliederung der brachliegenden Arbeitskräfte,

insbesondere soweit sie durch die Rationalisierung auf nicht absehbare Zeit im Produktionsprozeß überflüssig geworden sind, in die produktive Arbeit durch Ansiedelung muß vornehmste Aufgabe sein. Der Gegensatz zwischen dem Westen und dem Mittel Deutschlands zum Osten: hier ein Volk ohne Raum, dort ein Raum ohne Volk, muß aus nationalen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen ausgeglichen werden. Nicht mehr darf das Wohl einer kleinen Junkerkaste über das Gesamtwohl gestellt werden.

Das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen ist wiederherzustellen.

Entlastung der Gemeinden von allen Leistungen, für die keine Deckungsmittel aufgebracht werden können. Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, durch die den Organen der Kommunen wieder das Selbstverwaltungsrecht und auch volle Selbstverantwortungspflicht gegeben wird. Zum Selbstverwaltungsrecht gehört auch das volle unbeschränkte Recht, wieder die

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter der öffentlichen Körperschaften

durch freie Tarifverträge zwischen den beiderseitigen Organisationen zu ordnen.

Nicht zuletzt ist es dringende Aufgabe der Stunde, nun endlich Schluß mit dem

Experimentieren auf verfassungsrechtlichem Gebiete

zu machen.

In Zeiten, wo Volk und Regierung, alle guten Kräfte der Nation, zusammenstehen sollten, um das Schicksal zu meistern, ist kein Raum für ständige Beunruhigung. Mag auch die politische Reaktion zetern, daß die für sie günstige Zeit verpaßt würde, um die Volksrechte zu ihren Gunsten zu beschneiden, über diesem stehen die Volksrechte, das Recht auf eine menschenwürdige Lebenshaltung, auf Achtung auch des Arbeiters als Mensch und gleichberechtigter Staatsbürger.

Mit mehr Zuversicht und Hoffnungsfreudigkeit wie zu Anfang des Jahres können wir nunmehr den Kampf um

die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Ziele

aufnehmen. Nicht nur zeigt die Entwicklung der politischen Dinge einen gewissen Lichtblick, sondern auch alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Wirtschaftskrise ihren tiefsten Stand erreicht hat und die Entwicklung nach aufwärts zeigt.

Die Zeit der Sonnenwende liegt hinter uns. Nach diesem Jahr, das nur selten einige Lichtblicke bot, wird wieder ein Frühling auch für die Arbeitnehmer kommen, wenn sie auch fernerhin

arbeiten und nicht verzweifeln.

Dazu allen Kolleginnen und Kollegen

Gottes Segen im neuen Jahr.

Zum Jahreswechsel

ALLEN MITGLIEDERN UND IHREN ANGEHÖRIGEN VIEL
GLÜCK UND GOTTES REICHSTEN SEGEN IM NEUEN JAHRE

Gleichzeitig danken wir der gesamten Kollegenschaft für die ununterbrochene treue Mitarbeit im vergangenen Jahre. Das neue Jahr stellt uns vor weitere große Aufgaben. Wir erbitten hierzu auch die weitere Mitarbeit und Treue.

ZENTRALVORSTAND UND SCHRIFTFLEITUNG

Die Regierung sollte —

Unbegreiflich groß ist bei vielen der Glaube an die Allmacht des Staates. Nach dieser Meinung braucht die Regierung nur zu wollen, um das gegenwärtig durch Not und Sorge zermürbte Deutschland in ein Schlaffenland umzuformen. Nach diesem Glauben gibt es im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben keinen Mißstand, keine Ungerechtigkeit, keine Unzulänglichkeit, der nicht mit einem Geleße beizukommen wäre.

Wie groß die Zahl der Anbeter der Staatsallmacht sind, haben uns die Vorgänge des vergangenen Jahres gezeigt. Der Gögendienst vor dem Bolschewismus und dem Faschismus hat Millionen Anhänger gefunden. Hier wurde allen die Erfüllung aller Wünsche mit Hilfe des Staates versprochen. Als alleinige Voraussetzung war nur die Ueberlieferung der gesamten staatlichen Macht und Gewalt an eine dieser Gruppen gemacht.

Mit diesem Ueberhandnehmen des Aberglaubens von der staatlichen Allmacht ging der Glaube an die Erfolgsmöglichkeiten der Selbsthilfe, das Vertrauen auf sich selbst jurid. Wurde dem schönen Wahne einer vorgegaukelten Kata Morgana geopfert. Wäre nur ein Teil der Energie und des Opfermutes, der sich in diesen Bewegungen für das echte soziale Rollen nutzlos verpufft, in der Selbsthilfe zur Geltung gekommen, stände es um die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse besser. An dieser Stelle eingesetzt, wäre es der sozialen und politischen Reaktion nicht möglich gewesen, ihre Pläne teilweise zu verwirklichen. Von der Aera Papen wären wir verschont geblieben. Verschont geblieben von all den Experimenten auf sozialem Gebiete. Unter dem Vorwande, die nationalen Kräfte zu sammeln, den Marxismus zu bekämpfen, verbarg sich die wahre Absicht, die Selbsthilfeorganisationen der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften in eine reißlose Bedeutungslosigkeit zurückzuwerfen, um damit ihren Einfluß auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse zu beseitigen. Ohne Hitler-Thälmann, kein von Papen und Hauptführer der Scharfmacher; Hugenberg an ausschlaggebender Stelle für die Staatsführung. Ohne diese aber auch nicht die Verjuche, die breiten Volksschichten um die vornehmsten Staatsbürgerrechte, die politische Gleichberechtigung zu bringen, nicht den Kampf um Preußen, nicht die politische Unruhe, die vielen Wahlen, die allem anderen nur nicht der Hebung der Wirtschaft, der Minderung der Arbeitslosigkeit dienen. Vorgänge, deren Kosten vorzugsweise die Arbeitnehmer durch Lohnkürzungen, Festschichten, Kurzarbeit, Krümpfern und weitere Arbeitslosigkeit haben zahlen müssen.

In der Abwendung dieser Gefahren haben die Gewerkschaften, soweit die Arbeitnehmerrechte und Belange in Betracht kommen, fast allein gestanden. Mit Genugtuung dürfen wir feststellen, daß unsere Bewegung im Mittelpunkt dieser Abwehraktion gestanden hat. Deutlich ist geworden, was die christlichen Gewerkschaften für die Freiheit der Arbeitnehmer auch heute noch bedeuten.

Grablings haben wir uns für diese Freiheit eingesetzt auch dadurch, daß den Nazis und Nazis der Weg zur staatlichen Macht-

ergreifung versperrt wurde. Wer in seinem politischen Rollen die Selbsthilfe der Arbeitnehmer einschränken will, die Gewerkschaften durch parteipolitisch gebundenen Gewerkschaftserkäuf wie RGO und Nazibetriebszellen zu schwächen versucht, ist damit gewollt oder ungewollt ein Förderer der sozialen Reaktion, des sozialen Rückschritts.

Wir wissen: Staatshilfe und Selbsthilfe sind voneinander abhängig, sind gegenseitig bedingt. Selbsthilfe allein würde besonders in der Krisenzeit nicht ausreichen, den Schutz des Schwachen sicherzustellen. Sie bedarf der Ergänzung durch die Staatshilfe. Insbesondere bedarf sie des Schutzes des Staates durch eine Rechtsordnung als dem Fundament, auf dem sie ihr Wirken aufbauen kann.

Andererseits wird aber ständig der Grad und Umfang der Staatshilfe durch den Einfluß der Selbsthilfeorganisationen auf die Staatsführung bedingt sein. Im vergangenen Jahre hat sich in Deutschland die alte Erfahrung wieder bestätigt, daß gerade zu der Zeit, wo politische Organisationen weitgehendste Staatsomnipotenz auf allen Gebieten erstreben, der staatliche Schutz der wirtschaftlich Schwächsten am stärksten abgebaut wird. Nicht die Wirtschaftskrise allein, sondern auch die Ausgestaltung der Volksrechte, ermöglicht durch die Ablehnung der Verantwortung seitens der Alles-oder-Nichts-Politiker, der Kurogitatoren — hat der deutschen Arbeitnehmerschaft jene staatlichen Maßnahmen beschert, die sie teilweise an den Rand des Lumpenproletariats gebracht hat.

Druck erzeugt Gegendruck. Dem Streben nach dem alleinigen Besitz der Staatsgewalt durch Nazis und Nazis setzten die ehe- dem allein herrschenden Kasten und Schichten ihre tatsächlich noch vorhandene politische und wirtschaftliche Macht entgegen und benutzten rücksichtslos diese ihre Macht, um sich durchzusetzen. Ob Hitler, Thälmann oder von Papen in Deutschland regiert ist für die soziale Lage der Arbeitnehmer vollständig gleich. Unter jedem von diesen drei vertretenen System ist erste Aufgabe Futtertruppenpolitik zu treiben, Parteiinteressen an erste Stelle zu setzen, die einmal errungene Stellung unter allen Umständen zu halten. War die rechtliche, gesellschaftliche, politische und soziale Stellung der Arbeiterschaft in der Vorkriegszeit unter der Herrschaft der Junker nicht genau so gut oder schlecht, wie sie heute unter dem System des Bolschewismus in Rußland und dem Faschismus in Italien ist? Ueberall das gleiche Bild, überall die gleichen Mißstände wenn das Volk sich der Mittel der Selbsthilfe begibt, von politischen Systemen die Erlösung erhofft, die demokratischen Volksrechte preis gibt und sich von einer kleinen Clique von sogenannten Führern beherrschen läßt.

Deshalb hinweg mit dieser Anbetung der Staatsgewalt, dafür Stärkung der Selbsthilfeorganisationen. Nicht gilt: „der Staat, die Regierung, sollte“ sondern: die Staatsgewalt wird nur dann der sozialen Gerechtigkeit Genüge leisten, wenn das Volk selbst über seine Interessen, seine Rechte wacht, Selbsthilfe übt.

Ins neue Jahr!

Wieder stehen wir an der Schwelle eines neuen Jahres. Da ist es so natürlich, erstmal anzuhalten und den Blick noch einmal in die jüngste Vergangenheit zu werfen.

Wir wissen es aus eigener Erfahrung, daß ein bitterböses Jahr hinter uns liegt. Das Schicksal uns durchschüttelt und gerüttelt wie einen Fieberkranken, wie ein Schiff in argen Sturmesnöten. Es ging um Leben und Tod. Die Wucht der so schnell sich abrollenden Ereignisse schuf Ausnahmezeiten. Es hat sich tatsächlich so manches gewandelt, was Ewigkeitswert zu haben schien. Wer früher arbeiten wollte, fand in der Regel auch einen passenden Platz; heute aber klopfen Millionen vergeblich an das Tor der Wirtschaft. Früher hieß es: Wer etwas Tüchtiges kann und die zuverlässige Persönlichkeit einsetzt, der kommt bestimmt auch vorwärts. Heute stehen unter den zahllosen Abgebauten die Tüchtigen neben den Untüchtigen; ein Schnitt macht sie alle gleich. So hat unsere Zeit tatsächlich Ben Affbas Worte, daß es nichts Neues unter der Sonne gibt, Lügen gestraft.

Man ist so leicht geneigt, den Stab übers dahingegangene Jahr zu brechen, es zum Teufel zu wünschen, auch noch dann, wenn es uns vielleicht doch noch so manches Gute gebracht hat. Diesmal aber dürfte das verfloßene Jahr die schlechte Jenfur verdienen. So mancher einzelne kam unter die Räder, das Volk als Ganzes erlebte härteste Zeiten. Aber als Gewinn war doch die eine Wahrheit darin verborgen, daß in einer Gemeinschaft

ein jeder nur mit dem andern und durch ihn zu leben vermag. Volkess Schicksal ist und bleibt jedes einzelnen Schicksal. Diese Erkenntnis hat uns das verfloßene Jahr mit tausend Tatsachen wuchtig eingehämmert.

Heute blicken wir natürlich auch und bewegter als je in die Zukunft. Was bringt das neue Jahr? Stärker als sonst mag diese bange Frage diesmal aus so vielen Menschenherzen aufgeworfen werden. Die Antwort bleibt natürlich wie immer ungewiß. Es wäre auch unangebracht, sich in eine allgemeine Hoffnungslosigkeit einzuwiegen, es wäre unklug, allzuviel zu erwarten. Wir hören zwar wer weiß wie oft die Bemerkung: Es muß doch einmal besser werden! Aber wurden diese Worte nicht schon vor Jahren gesagt? Sind sie nicht vielmehr bloß der Ausdruck unseres allgemeinen Empfindens, des brennenden Wunsches nach Erlösung? In Wirklichkeit wird die Krise, die doch über die ganze Welt hereingebrochen ist, nicht mit einem Schläge aufhören, sondern ihre Zeit brauchen und sich so entwickeln, wie es nach Ursachen und Umständen geschehen muß. Auf die heutige Zeit passen wohl Goethes Worte in höherem Maße als auf die damalige Zeit der großen Revolution: „Grundgesetze lösen sich auf der festesten Staaten, alles regt sich, als wollte die Welt, die gestaltende, rückwärts sich lösen in Chaos und Nacht sich auf und neu gestalten.“ Die Erde bebzt, hat ein Staatsmann mit Recht geurteilt, und Erschütterungen von so unerhörtem Ausmaß sind natürlich nicht mit einem Schläge ins Gleichgewicht zu bringen. Für uns Deutsche ist es jedenfalls von Bedeutung, daß auch die andern Völker ähnlichen Gefahren gegen-

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Verteuerung der Lebenshaltung durch die Getreidezölle.

In welchem Umfange die Lebensmittel und damit die ganze Lebenshaltung, besonders der minderbemittelten Volksschichten, verteuert wird, zeigt nachstehende Gegenüberstellung der Getreidepreise in Deutschland und den übrigen Ländern. Selbstverständlich wirkt sich diese Uberteuering in erster Linie auf das tägliche Brot aus. Aber auch alle anderen landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte, wie Fleisch, Milch, Käse, Eier, Fett usw. werden hierdurch beeinflusst, da für ihre Produktionskosten die Futtergetreidepreise von ausschlaggebender Bedeutung sind. Die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe, besonders die kleinen und mittleren, haben das wenigste Interesse an diesen hohen Getreidepreisen, da sie nur selten Getreide verkaufen, sondern das selbst erzeugte selbst verbrauchen, verfüttern, oder gar noch Brot- und Futtergetreide zulaufen müssen. Wenn heute diese Veredelungsbetriebe zum Teil unrentabel sind, dann wegen der hohen Futtermittelpreise. Durch die geplante Kontingentierung sollten die Preise für die Veredelungsprodukte, wie Fleisch, Butter usw. erhöht werden. In Wirklichkeit werden diese Preise aber nicht durch die Konkur-

renz des Auslandes, sondern ausschlaggebend durch die Konsumkraft der breiten Volksschichten in Deutschland bestimmt. Wer von den Arbeitern, geschweige von den Arbeitslosen, kann noch gute Butter bezahlen?





Die Unrentabilität eines Teiles der deutschen Landwirtschaft beruht darauf, daß sich die staatlichen Schutzmaßnahmen gegen seitig selbst aufheben. Hohe Getreidezölle, hohe Getreidepreise, infolgedessen hohe Produktionskosten für die Veredelungsprodukte, sinkende Kaufkraft der Bevölkerung, Bevorzugung der ausländischen billigen Lebensmittel, wie Margarine, Pflanzenfett usw. mangelnder Absatz für die Veredelungsprodukte, verminderter Absatz bedeutet höhere Handlungsunkosten für den Handel. Zudem dann relativ hohe, aber infolge der überteuerten Produktionskosten trotzdem unrentable Preise für den Erzeuger.

Alles zum Segen der paar Junker, die trotz aller Subventionen, hohen Getreidezölle und sonstigen staatlichen Schutzmaßnahmen ihre Betriebe vor dem Bankrott nicht retten können.

Nur ein Zugrundegehenlassen einer überlebten Betriebsform, Aufteilung der nicht lebensfähigen Großbetriebe an bäuerliche Siedler, Zurückführung des Bodenwertes auf seinen volkswirtschaftlich richtigen Stand, vermag die Landwirtschaft zu retten. Allerdings eine harte Prozedur, die dem Junkertum mit der Beseitigung seines wirtschaftlichen Einflusses auch seine noch immer überragende politische Macht nehmen würde. Und da liegt der Kern der sozialen Frage der deutschen Landwirtschaft.

Getreidepreise im Monat September 1932.

Für je 1 to wurden in Berlin und anderen wichtigen Getreidemärkten gezahlt:

BERLIN	209 RM	
ROTTERDAM	92 RM	
LONDON	81 RM	
BUENOS AIRES	75 RM	
BERLIN	161 RM	
POSEN	75 RM	
ROTTERDAM	71 RM	
NEW YORK	70 RM	
BERLIN	170 RM	
LONDON	76 RM	
ROTTERDAM	75 RM	
BUENOS AIRES	58 RM	
BERLIN	139 RM	
LONDON	77 RM	
NEW YORK	69 RM	
BUENOS AIRES	62 RM	

Den Generals Sturm der sozialen Reaktion abge schlagen.

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September, zweiter Teil, hatte sich die Regierung das Recht geben lassen, sämtliche staatlichen sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen, von der nicht nur die Versicherungseinrichtungen, sondern auch alle anderen Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsversorgung, Arbeitsgerichte, Tarifvertragsrecht, Schlichtungswesen, Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung usw. betroffen wurden. Es war die Generalvollmacht, auf Grund dessen die Regierung das Recht bekam und auch auszunutzen gedachte, sich über die Volksrechte hinwegsetzend, mit den sogenannten marxistischen Wohlfahrtseinrichtungen aufzuräumen. Diese Verordnung war das Herzstück der Mittel, von dem die Reaktion die Wiedergewinnung der „Freiheit der Wirtschaft zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft“ erhoffte.

Es ist anders gekommen. Durch die Wahl am 6. November lehnte das deutsche Volk diesen Kurs ab. Gewiß nicht freiwillig, sondern gezwungen mußte von Wapen, der geistige Urheber dieser Unglücksverordnung, seinen Posten verlassen.

Der Reichstag gab mit großer Mehrheit seinem Verlangen nach Aufhebung dieser Verordnung Ausdruck. Nunmehr ist der Reichspräsident nach der Verfassung verpflichtet, dem Verlangen Rechnung zu tragen. Inzwischen ist das betreffende Gesetz verkündet worden.

überstehen. Bei der engen Verflochtenheit kann ein Volk allein sich gar nicht helfen, und gemeinsame Not kann nur durch gemeinsame Hilfe gebannt werden. Die Größe der heutigen Not aber spricht dafür, daß ihr endlich kraftvoll entgegengetreten wird. Nietzsche spricht einmal folgende Worte vom Leiden: Die Zucht des großen Leidens! Wißt ihr nicht, daß alles Große daraus hervorgegangen ist? Diese Erfahrung wird sich auch an unserer Not als wahr erweisen. Je schwerer der Druck lastet, um so mehr setzen sich die Gedanken, die Kräfte in Bewegung, um der Not zu begegnen. Das braucht freilich seine Zeit, überhaupt wenn es sich um Wege und Ziele handelt, die fast die ganze Menschheit angehen. Selbst die einfachsten Mittel und Lösungen begegnen stärksten Hemmungen und setzen sich oft erstaunlich spät durch; der Weg führt nicht immer in gerader Linie, aber Vernunft und guter Wille haben noch immer zum Erfolge geführt.

Damit enden wir auch diesmal bei dem Gedanken, der noch an jedem Neujahr die Herzen erfüllt und die Gemüter bewegt hat, bei der Hoffnung aufs Glück, auf eine bessere Zukunft. Diese Hoffnung wollen wir auf keinen Fall sinken lassen. Sie ist kein bloßes Hirngespinnst, keine nichtige Einbildung, kein törichter Wahn, sondern etwas durchaus Wirkliches, eine starke Macht, ohne die es einfach gar nicht ginge. Unsere Sprache hat das schöne Wort Hoffnungsfreudigkeit geschaffen und damit zum Ausdruck gebracht, daß die Hoffnung ein starker Hebel ist, der über schwere Zeiten hinweghilft und den Mut zu neuen Taten weckt. Verzweiflung und Schwarzseherei dagegen bringen ganz

bestimmt nicht vorwärts, sondern machen ein Uebel nur noch unerträglich.

In dieser durchaus gesunden, heilsamen Erkenntnis wollen wir auch das neue Jahr beginnen. Sie ist heute nicht mehr unser freundlicher Gast, jene leichte Freude der früheren Jahre, die uns manchmal frohbeschwingt und vielleicht fast ein wenig oder gar recht viel im Festrausch aus dem alten in das neue Jahr hinübergeleitete. Das möchte zu verstehen sein, wenn es uns allen gut oder doch erträglich ging. An die Stelle dieser Freude ist ein schwerer und düsterer Ernst getreten. Aber auch dieser Ernst darf nicht in Verzweiflung münden, sondern er soll erst recht die belebende Hoffnung erwecken und den festen Willen schaffen, furchtlos den Kampf gegen alle Widerstände des kommenden Jahres aufzunehmen. Ob wir den Kampf gewinnen werden, können wir nicht wissen; aber es ist schon genug, alle Kräfte einzusetzen. Es gilt auch uns das Wort des alten griechischen Dichters: Wenn etwas ist, gewaltiger als das Schicksal, so ist's der Mut, der's unerlöschert trägt! P. S.



Des weiteren ist mit der Aufhebung der Sondergerichte in nächster Zeit zu rechnen. Für unsere Kollegenschaft insoweit von besonderer Bedeutung, als mit der Aufhebung der Sondergerichte auch die strafrechtliche Sonderstellung der Arbeiter der G.W.C.-Werte fällt. Bekanntlich wurden durch die diesbezügliche Verordnung Verstöße gegen die Verordnung vom 10. November 1920 — Aufforderung zum Ausstand ohne Abwarten eines Schiedsspruches, der praktisch hinfällig war — unter die Gerichtsbarkeit der Sondergerichte gestellt. Damit wurde der soziale Kampf als ein Verbrechen gleich dem des Landesverrats, des Mordes oder Totschlages gestempelt. Durchaus verständlich, wenn nunmehr die gesamte Scharfmacherpresse, das Herrenmenschentum, über die Gewerkschaften, insbesondere die christlichen und ihre Führer, herfällt. Schon glaubte man sich am Ziele und muß nun erfahren, daß die Erfüllung der weitgehendsten Forderungen, die ihnen handgreiflich nahegerückt erschienen, auf unabsehbare Zeit hinaus gerückt ist.

Gerade aus dieser Entwicklung sollten wir die Lehre ziehen: Wohl kann der Einfluß der Gewerkschaften zeitweise gehemmt werden, nicht aber auf die Dauer stehen sie in der Abwehr, sondern stoßen immer wieder mit Erfolg vor, wenn ihnen die Treue der Mitglieder sicher ist.

Eine Winterhilfe für Arbeitslose.

Die Reichsregierung hat beschlossen, den Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten, sofern sie Zusatzrente beziehen, eine Winterhilfe zu gewähren in Form einer Beihilfe beim Bezuge von Fleisch und Kohlen. Es sollen erhalten: alle Hauptunterstützungsempfänger einen Verbilligungsschein, der monatlich zum Bezuge von 4 Pfund Fleisch oder Fett und 2 Zentner Kohlen zum verbilligten Preise berechtigt. Den Hauptunterstützungsempfängern mit vier und mehr Angehörigen werden zwei Scheine ausgehändigt. Die Verbilligung beträgt 30 Pfg. pro Pfund Fleisch oder Zentner Kohle, macht also 6 mal 30 Pfg. ist 1,80 M. pro Monat und im zweiten Falle das Doppelte 3,60 M. aus. Erforderlich sind zur Finanzierung insgesamt 37 Millionen Mark.

Die Aktion ist insoweit von großer Bedeutung, als damit prinzipiell wieder die Pflicht des Staates für eine in etwa menschenwürdige Lebenshaltung der schuldlos aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedenen Arbeitnehmer und der Kriegsofer zu sorgen anerkannt wird. Praktisch wird die geringe Aufbesserung jedenfalls nur zum Teil zur Auswirkung für die Bedürftigsten kommen. Bei den jetzigen Sätzen der Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungen gehört Fleisch zu den fast unerreichbaren Lebensmitteln. Selbst zum verbilligten Preise ist es noch zu teuer, um gekauft werden zu können.

Eine Erhöhung der Barunterstützung an Stelle der Verbilligungsscheine hätte gewiß den Vorzug verdient, vor einem System, das die Winterhilfe der Arbeitslosen mit einer Hilfsaktion für die Landwirtschaft zu verbinden versucht.

Erweiterung der Krümperunterstützung.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung will die Vorschriften über die Krümperunterstützung ändern. Die bestehenden Vorschriften sollen dahin geändert werden, daß die Krümperunterstützung ohne Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und ohne Wartezeit gewährt wird. Die finanzielle Bedeutung dieser Änderung ist nicht genau zu berechnen, sie kann aber nicht sehr erheblich sein. Nach einer Zählung vom 7. Juli 1932 betrug die Zahl der Krümperunterstützten noch nicht 5000.

Diese Änderung ist notwendig, da wie wir in unserer Eingabe an den Reichsarbeitsminister nachgewiesen, in der bisherigen Praxis sich als besonders hinderlich die Vorschriften über die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und über die Wartezeit erwiesen haben. Die Tatsache, daß unter Umständen die Hilfsbedürftigkeit Voraussetzung der Krümperunterstützung ist, beeinträchtigt die Bereitschaft zum Abschluß der notwendigen Betriebsvereinbarungen.

Die Erweiterung der Krümperunterstützung, wie sie beabsichtigt ist, wird wohl im letzten Drittel dieses Monats in Kraft treten.

Notwendig ist fernerhin auch die Erhöhung der Unterstützung beim Krümpern von bisher $\frac{1}{2}$ auf mindestens $\frac{1}{2}$ der Arbeitslosenunterstützung. Dieses um so mehr, da noch nicht feststeht, inwieweit sich die geplante Winterhilfe für die Arbeitslosen auch auf jene erstreckt, die regelmäßig periodisch aussetzen müssen.

Die Lohnfürungsverordnung vom 5. September 1932 gefallen.

Durch eine Verordnung der Reichsregierung vom 14. Dezember 1932 wird die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitslosigkeit vom 5. September, hinsichtlich ihres ersten Teiles mit dem 31. Dezember und im übrigen am

31. Januar 1933 aufgehoben. Es handelt sich hierbei um jene berüchtigte Papenverordnung, durch die bei Mehrbeschäftigung die Tariflöhne für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde um 10 bis 50 Prozent gekürzt werden durften. Diese gesetzlich erlaubte Durchbrechung des Tarifvertrages findet nunmehr am 31. Dezember 1932 ihr Ende. Der am 31. Januar 1933 außer Kraft tretende Teil sah die Unterschreitung der Tariflöhne bei sogenannten gefährdeten Betrieben durch Entscheidung des Schlichters bis zu 20 Prozent vor.

Als Uebergangsregelung ist bestimmt, daß diejenigen Arbeitnehmer, die am 14. Dezember von den Lohnkürzungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht und auf dieser Kalkulationsbasis Aufträge übernommen haben, noch bis 31. Dezember 1932 Anträge auf Verlängerung des Rechtes zur Unterschreitung des Tariflohnes beim Schlichter stellen können. Dieser kann dann die Weiterzahlung der untertariflichen Löhne aber nur bis zum 31. Januar 1933 gestatten.

Die aufgehobene Verordnung war eine derjenigen, durch die die Papenregierung glaubte, den Wohlfahrtsstaat beseitigen zu können. Sie war ein Entgegenkommen gegenüber den Scharfmachern, die unter allen Umständen von den Bindungen des Tarifvertrages loskommen wollten und in der Zerstückelung des Tarifvertragsrechtes, in der Beseitigung der Unabdingbarkeit des Tarifvertrages das Heil der Wirtschaft sahen.

Der Versuch hierzu, eben die Verordnung vom 5. September, hat aber nicht nur den heftigsten Protest der organisierten Arbeitnehmer herausgefordert, sondern auch bei dem soliden Teil der Arbeitgeber keine rechte Gegenliebe gefunden. Wenn in recht beschränktem Umfange auf Grund der gekürzten Löhne neue Aufträge hereingeholt, Neueinstellungen von Arbeitnehmern erfolgen konnten, so stand dem eine Stärkung der Schmuckkonkurrenz zum Schaden eines soliden Unternehmertums gegenüber. Die Bedeutung eines festen, unabdingbaren Tarifvertrages, nicht nur für das soziale Leben, für die Arbeitnehmer, sondern auch für Arbeitgeber, für eine gesunde Wirtschaft, ist durch diesen Versuch das Tarifvertragsrecht zu durchbrechen, es aufzulockern, stärker in die Erscheinung getreten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist wieder mehr zum Bewußtsein gekommen, was ein Tarifvertrag für das soziale Leben und die Wirtschaft bedeutet. Inwieweit ist auch der Lohnfürungsverordnung jetzt, nachdem sie aufgehoben, eine Lichtseite abzugewinnen.

Ohne das entschiedene Eintreten der Gewerkschaften für die Belange der Arbeitnehmer wäre aber bestimmt die Kursänderung in der Reichsregierung nicht erfolgt. Wäre der Versuch nach den Rezepten der Scharfmacher, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, nicht aufgegeben, noch mehr wirtschaftlich und sozial Wertvolles zerfallen worden.

Bei diesem Anfang darf es aber sein Bewenden nicht haben. Insbesondere denken wir hierbei an die Wiederherstellung des vollen Tarifrechtes für die öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, wie an die Beseitigung der sozial nicht mehr tragbaren Kürzung der Renten und Unterstützungen. Bis an die Grenze des wirtschaftlich noch Möglichen müssen die alten bewährten Rechte der Arbeitnehmer auf staatlichen Schutz der wirtschaftlich Schwächsten wieder hergestellt werden. Dafür werden sich die Gewerkschaften mit allen zulässigen Mitteln einsetzen.

Wer ist der wertvollere Staatsbürger?

Wenn wir diese Frage beurteilen wollten, allein nach dem Aufwand, den der Staat für seine verschiedenen Staatsbürger aus öffentlichen Mitteln macht, dann erscheint der Gefängnisinsasse, der Zuchthäusler als der wertvollere gegenüber vielen Sozialrentnern, Arbeitslosen und ihren Angehörigen. Nach den statistischen Angaben über den Strafvollzug in Preußen belaufen sich:

I. Die Gesamtkosten (einschl. Personalbesoldungen, Verwaltungskosten, Geschäftsbedürfnisse) pro Tag und pro Kopf eines Gefangenen:

1929	2,91 RM
1930	2,90 RM
1931	2,40 RM

II. Die Ausgaben betragen im Jahre 1931 bei rund 33 000 Gefangenen pro Kopf im Jahre:

a) für Verpflegung	201,— RM
b) für Bekleidung, Bettlager	32,— RM
c) für ärztliche Behandlung	19,— RM

III. Aus dem Arbeitsbetriebe ergaben sich an Gesamteinnahmen:

1930:	12 941 000 RM
1931:	11 006 000 RM

darunter an Arbeitslöhnen (die der Staat bezahlt)

1930:	6 555 000 RM
1931:	4 546 000 RM

auf den Kopf und Arbeitstag eines Gefangenen

1930: 0,97 RM
1931: 0,91 RM

Der Gefangene erhält von seinem Arbeitsverdienst rund ein Viertel als Arbeitsbelohnung (drei Viertel verbleiben dem Staat)

1930: 0,24 RM pro Arbeitstag
1931: 0,22 RM pro Arbeitstag

Danach kostet ein Gefangener dem Staat insgesamt pro Tag 2,40 RM, an Beköstigung, Bekleidung usw. allein 71 Pfg. Als Gegenleistung erhält er die Arbeitsleistung im Werte von 91 Pfg., abzüglich der Arbeitsbelohnung von 22 Pfg., bleiben 69 Pfg. Legt daher zu den Gesamtkosten pro Tag 1,71 RM zu. Der Arbeitsertrag deckt nicht mal die Selbstkosten für Verpflegung und Bekleidung.

Ein in etwa geordneter Strafvollzug kann wohl schmerz-lich diese Kosten noch weiter senken.

Was bei diesen Zahlen aber auffällt, ist, wenn man sie in Vergleich zu jenen Aufwendungen setzt, die der Staat für seine arbeitslosen, oder arbeitsunfähigen Staatsbürger macht. Arbeitslosen-, Krifen- und Wohlfahrtsunterstützung, die gefürzten Sozialrenten machen, wenn sie auf den Kopf eines jeden Familienangehörigen, der von der Unterstützung Rente um-leben muß, in fast keinem Falle 1,71 RM pro Tag aus. Be-tragen in der Regel nur die Hälfte, ein Drittel, oder in trassen Fällen nur ein Fünftel dieses Betrages. Für den Rechtsbrecher einen staatlichen Aufwand, der den für ehrliche, aber in Not geratene Staatsbürger um das doppelte bis fünffache über-steigt. Auch ein Beitrag zu der sogenannten „überspannten so-zialen Fürsorge“ in Deutschland.

Sinkendes Volkseinkommen.

Das deutsche Volkseinkommen betrug im Jahre 1913 45,7 Milliarden M. Die Nachkriegszeit brachte eine beträchtliche Steigerung. So wies beispielsweise das Jahr 1929 ein Volks-einkommen von 76,1 Milliarden M. auf. In der dann ein-sehenden Krise erfolgte ein Absinken auf 57,1 Milliarden M. im Jahre 1931. Diese Steigerung des Volkseinkommens beruhte aber im wesentlichen nur auf der in der Nachkriegszeit ein-getretenen Preissteigerung. Unter Berücksichtigung der wirk-lichen Kaufkraft lag das Volkseinkommen nur in den Jahren 1927 bis 1930 4-9 Prozent über dem Volkseinkommen der Vorkriegszeit.

Aber auch diese Umrechnung auf die tatsächliche Kaufkraft ist noch lückenhaft, denn eine genaue Untersuchung muß die ver-änderte Struktur der deutschen Bevölkerung in Betracht ziehen. Die Bevölkerung ist gegenüber der Vorkriegszeit um 7,2 v. H. gestiegen, wobei vor allem der Anteil der erwachsenen Per-sonen zugenommen hat. Auf diese Verbrauchseinheiten (Voll-perjonen) umgerechnet, ist das Volkseinkommen auch in den besten Jahren des letzten Wirtschaftsaufschwunges hinter dem Volkseinkommen der Vorkriegszeit zurückgeblieben. Man hat berechnet, daß der Verbrauch einer Vollperson im Jahre 1931 sogar 20 Prozent unter dem Verbrauch der Vollpersonen in der Vorkriegszeit lag. Diese Berechnungen des statistischen Reichs-amtes zeigen deutlich, wie stark Deutschland in den letzten Jah-ren verarmt ist.

Die Zahl der Arbeitslosen.

W in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember um 249 000 auf 5 604 000 gestiegen. Inwieweit diese Zunahme auf Witterungseinflüsse (Krost) und sonstige durch saisonelle Ursachen oder auf konjunkt-urellen Rückgang der Wirtschaft zurückzuführen ist, läßt sich schwerlich klar erkennen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versiche-rung lag am 15. Dezember nahe an 700 000; sie war damit um-rund 60 000 höher, als Ende November. Die Zahl der Haupt-unterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge stieg um rund 57 000 auf 1 188 000. Die Reichsanstalt unterstützt damit zu-sammen 1 888 000 Arbeitslose. Aussteuerungen aus der Krisen-fürsorge sind im Dezember nicht mehr erfolgt, so daß kaum an-zunehmen ist, daß die Zahl der anerkannten Wohlfahrts-erwerbslosen noch nennenswert gestiegen ist. Bei Notstands-arbeiten waren Ende November etwa 86 000 Arbeitslose be-schäftigt; inzwischen dürfte durch den Einfluß kalter Witterung eine geringe Abnahme erfolgt sein, ebenso bei den Arbeits-dienstwilligen. Hoffentlich nehmen die Pläne der Regierung auf Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten nunmehr bald greifbare Form an und werden nicht gestört durch wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie Kontingentierungspolitik usw., die die Aus-wirkungen der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen wieder aufheben würden.

Keine 40-Stunden-Woche in der öffentlichen Verwaltung.

Noch unter der Regierung von Papen haben einzelne Ressorts sich mit der Möglichkeit der Einführung der 40-Stundenwoche in der öffentlichen Verwaltung befaßt. Die Entscheidung ist ie-doch gegen eine Einführung der 40-Stundenwoche gefallen, nachdem Reichsbahn und Reichspost sehr ernsthafte Bedenken und finanzielle Ablehnungsgründe vorbrachten. Reichsbahn und Reichspost haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Eigen-art ihrer Betriebsführung einen Umbau der Dienstpläne not-wendig mache, mit dem Ergebnis einer finanziellen Mehr-belastung für diese beiden großen Verkehrsunternehmungen. Vor allem die Reichsbahn erklärte sich außerstande, bei einer Einschränkung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich, die Bezüge ihrer Bediensteten in einem entsprechenden Umfange herabsetzen zu können, so daß die neueinzustellenden Arbeits-kräfte aus den laufenden Betriebseinnahmen bezahlt werden müßten. Die Reichsbahn errechnete eine Mehrausgabe durch die Arbeitszeitverkürzung von 400 Millionen RM im Jahre. Nun ist an sich die Betriebsabrechnung der Reichsbahn außerordent-lich ungünstig. Die Ausgaben für die Betriebsführung haben die gegenüber 1929 um fast die Hälfte zurückgegangenen Ver-triebseinnahmen um 40 Millionen überstiegen. Für diesen Fehl-betrag kommen dann noch die Ausgaben für den Schulden-dienst usw., so daß die Betriebsabrechnung für 1932 wohl mit einem Fehlbetrag von etwa 200 Millionen RM abschließen wird. Die Tributbelastung von 340 Millionen RM kommt noch hinzu. Zwar sinkt der Beitrag zu den Reparationslasten im nächsten Jahr auf rund 70 Millionen RM, doch kann diese Ent-lastung das diesjährige Defizit nicht wieder abbauen. Mit vieler Mühe und einer großen Beharrlichkeit hat es die Reichsbahn-verwaltung in diesem Jahre erreicht, daß bei einer ausgespro-chenen sinkenden Tendenz die Betriebseinnahmen die Ausgaben für die Betriebsführung, die im Januar noch 73 Prozent der gesamten Einnahmen verschlangen, auf 60 Prozent herabgedrückt werden konnten. Eine Einführung der 40-Stundenwoche würde diesen Erfolg vernichten und darum haben gerade die Dar-legungen der Reichsbahn zu dem erzielten Ergebnis wesentlich beigetragen. Die Reichsbahn will, daß ist das andere positive Ergebnis der Verhandlungen, den ungewöhnlich starken Ver-

Z U M N E U E N J A H R

*Das alte Jahr ist nun verschieden,
Ein neues nimmt jetzt seinen Lauf.
Gibt es nun Arbeit, Völkerfrieden?
Hört bald der alte Hader auf?*

*Das alte Jahr riß alles mit,
Das Handwerk tot — nur Sorgen.
Die Not, sie hemmt uns nicht den Schritt,
Wann kommt der Sonnenmorgen?*

*Noch ist es Zeit, zu schützen
Der Arbeit hehres Ziel;
Wir wollen fördern — nützen
Und retten, was zu Boden fiel.*

*Ich will den Weg Euch weisen,
Halt Treue dem Verband,
Die Not, sie muß bald reisen
Ins unbekannt Land.*

*Jahr Neunzehn — Dreiunddreißig
Bring uns die Arbeit wieder,
Durch Arbeitshänd' laß fleißig
Maschinen — — singen Lieder.*

DIE SOZIALE REAKTION

Wie es wieder werden soll



*Ich bin Lamer
im Lohn!
Kann Nicht mehr!
Ein Lamm
gessen!*

Daß es so nicht wieder wird, dafür sorgt der Verband

sonalabbau der letzten Monate nicht weiter fortsetzen. Bedauerlich bleibt jedoch, daß anscheinend bei dieser Gelegenheit nicht nachgeprüft wurde, ob der Arbeitsmarkt nicht wenigstens dadurch eine geringe Entlastung erfahren könne, daß die in einzelnen Verwaltungen vielfach übertriebene Anspannung der Arbeitskräfte auf ein erträgliches und betriebssicheres Maß zurückgeführt wird.

Zum Bezirkslohnabkommen mit dem Bezirksverband kommunaler Arbeitgeber in der Rheinprovinz und Rhein-Main.

Nach langen schwierigen Verhandlungen ist zwischen den Gewerkschaften und den obengenannten Arbeitgeberverbänden ein neues Bezirkslohnabkommen geschlossen worden. Das Reichsfinanzministerium hat das Abkommen nachgeprüft und keine Einwendungen erhoben. Nunmehr hat der preussische Finanzminister vom Arbeitgeberverband das Lohnabkommen nebst einem Verzeichnis der diesem Verbands als Mitglied angehörigen Städte, Gemeinden, Gemeindeverbänden usw. angefordert.

Zu welchem Zwecke? Wenn es geschehen ist, um sich zu informieren über die tarifrechtlichen Verpflichtungen der betreffenden Städte usw., haben dafür auch die Arbeiter schließlich Verständnis. Aber dieses sich Ausschweigen über den Zweck hat unnötige Beunruhigung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen, die hätte vermieden werden können, wenn nicht noch etwas anderes dahinter steckt. Schließlich muß auch dem über-eifrigen Beamten im Preussischen Finanzministerium einmal

deutlich gesagt werden, daß ihre geheimnisvollen Anfragen nicht geeignet sind, jene Ruhe und Gelassenheit zu fördern, die immer wieder von der jetzigen Reichsregierung als Voraussetzung für die Ueberwindung der Schwierigkeiten bezeichnet werden. Oder gehört die ständige Beunruhigung zum Lebensselement des neuen Kurs in Preußen.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte

Regensburg. Am 4. Dezember veranstaltete unsere Ortsgruppe einen in allen Teilen wohl gelungenen Familienabend mit Weihnachtsfeierung. Der Saal zur Odenallee war bis zum letzten Platz gefüllt. Den musikalischen Teil des abends hatte eine Abteilung der Reichswehrkapelle Regensburg übernommen. Das Töchterchen des Vorsitzenden Kollegen Schutte brachte einen recht sinnvollen Volog zum Vortrag, der allgemeinen Beifall fand. Bezirksleiter Kollege Wittekind hatte die Festrede übernommen. Hinweisend auf die große Not der gegenwertigen Zeit appellierte er auch an die sehr zahlreich erschienenen Frauen, an Seite des Mannes mitzukämpfen für den Aufstieg des Lohnarbeiterstandes. Die Christbaumzerlosung brachte einen ansehnlichen Betrag, der zur Linderung der Not bedürftiger Verbandsmitglieder Verwendung findet. In dem Bewußtsein, einen schönen, gemütlichen und gnuhreichen Abend verlebt zu haben, gingen die Verbandsmitglieder mit ihren Angehörigen in vorgedrückter Stunde auseinander.

Dortmund. Nach einer recht wohl gelungenen Schulungsabende sprach am Mittwoch, den 14. Dez. 1932 im Rahmen des Aussprachezirkels unserer Ortsgruppe Bezirksleiter Kollege Fortmann vor einem großen Zuhörerkreis über das Thema „Autarkie oder Weltwirtschaft“. Viel ist schon über Autarkie gesprochen worden, so führte er aus, und bestimmte Kreise haben sich besonders für die Durchführung eingesetzt. Gott sei dank, so müsse man sagen, ist die sogenannte grüne Front bis heute mit ihrem Durchführungsgedanken allein geblieben. Unüberschaubar wären die Folgen einer Autarkie für Volk und Staat. Zweifellos steht in dem Gedanken, sich „selbständig“ zu machen ein geländer Kern. Aber der Staat, der den Weg gehen will, muß auch stark genug dazu sein. Das könnten wir von uns nur sagen, wenn wir auf einer Insel im Saan-leben, die uns alles zum Leben notwendige böte. Treuester An ist die deutsche Verbundenheit mit der Weltwirtschaft und zwar, durch Austausch von Waren, Diensten und Kapital. Es ist geradezu eines der wichtigsten Probleme Deutschlands, daß es die zum Einkauf der unentbehrlichen Rohstoffe und zur Bezahlung seiner privater Schulden die erforderlichen Devisenvorräte besitzt. Großmögliche Steigerung des Exports ist darum notwendig, um diese Vorräte zu vergrößern. 1/2 Millionen Deutsche arbeiten heute für den Export und ein Drittel der Weltbevölkerung ist im Weltbandel verflochten. Durch Verbesserungen in der landwirtschaftlichen Technik ist eine Selbstversorgung auf dem Gebiete der Nahrungsmittelerzeugung zum Teil möglich. Sichere Rundschaft besitzen die Staaten, die Lebensmittel ausführen Deutschland aber exportiert die Arbeit der Hände und Köpfe. Neben der Verflechtung mit dem Ausland bezüglich des unsichtbaren Exports spielt der Austausch von Kapital eine besonders nach dem Krieg, große Rolle. Durch enormen Kapitalverlust sind wir mehr denn je auf das Ausland angewiesen. Autarkie würde uns nicht nur weitere Arbeitslosigkeit beschern, sondern daneben eine Hungersnot ohne Kriegszustand. Selbst während des Krieges waren wir nicht ganz abgeschlossen, sonst wäre der Krieg früher zu Ende gewesen. Zusammengefaßt müsse gesagt werden, daß Deutschland als Herz Europas niemals autark leben kann, sondern immer zum Weltbandel und zur Weltwirtschaft gezwungen ist.

Neben der Vortragsfolge werden Besichtigungen durchgeführt, und eine Besichtigung der Tremontia machte die Kollegenschaft mit der Entsetzung einer Tageszeitung bekannt.



GEDENKTAFEL

Gestorben sind die Kollegen:

J. Schmidt, Baden-Baden	27. 11. 1932
J. Blumberg, Wipperfurth	3. 12. 1932
Jan. Wiensch, W. Elberfeld	6. 12. 1932
Josef Feuth, Augsburg	11. 12. 1932
Gregor Jollner, München	14. 12. 1932
Aug. Rosmann, Danzig	15. 12. 1932
Wilh. Bong, Bonn	16. 12. 1932
J. Gallot, Neustadt/Schl.	16. 12. 1932
W. Raffelt, Langensfeld	16. 12. 1932

EHRE IHREM ANDENKEN!